Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Stettin, Kirchplatz Nr. 3. Redaktion. Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 3. Mai 1884. Nr. 207.

Die Stettiner Pfennigsparkasse.

In der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung kam der bereits zweimal vertagte Kommissionsbericht über die Errichtung einer Pfennig-Sparkasse zur Berathung und das von uns bereits mitgetheilte schließliche Resultat der Ablehnung des Kommissionsantrages, nach welchem die Einrichtung der Pfennig-Sparkasse abgelehnt wurde, war einigermaßen überraschend; denn nachdem der Referent, Herr Justizrath Bohm, in längerer Rede den Antrag der Kommission sehr eingehend begründet hatte und der Vorsitzende an die Versammlung die Frage richtete, ob Jemand gegen diesen Antrag das Wort ergreifen wolle, meldete sich Niemand; erst nachdem trotz der Einstimmigkeit der Versammlung der Herr Oberbürgermeister die Stellung des Magistrats zu dem Antrage klar legte, entspann sich eine längere Debatte, während welcher viele Mitglieder die Versammlung verließen und welche schließlich den Erfolg hatte, daß die Einstimmigkeit sehr ins Wanken kam und der Kommissions-Antrag mit ziemlicher Majorität abgelehnt wurde. Wir geben nachstehend einen ausführlichen Bericht der Verhandlung:

Zur Begründung des Kommissionsantrages führte Herr Justizrath Bohm aus, daß der Herr Regierungs-Präsident seit längerer Zeit den Magistrat mehrfach erinnert habe, eine Reform der Sparkasse nach der Richtung eintreten zu lassen, daß die Pfennigsparkasse entweder mit der städtischen Sparkasse verbunden oder selbstständig eingerichtet werde. Die Vorsteher der Sparkasse haben sich dem gegenüber ablehnend verhalten und auch der Magistrat war der Meinung, daß es nicht nöthig, auf das Projekt einzugehen, schließlich zeigte er aber insofern ein Entgegenkommen, daß er sich damit einverstanden erklärte, daß die Minimaleinlage bei der Sparkasse von 1 M. auf 50 Pfg. ermäßigt würde und am 28. November v. J. wurde eine Vorlage eingebracht, das Statut der Sparkasse demgemäß zu ändern und in der Versammlung vom 6. Dezember v. J. beschloß die Versammlung Vertagung der Angelegenheit und Einsetzung einer Kommission zur Berathung, ob und in welcher Weise die Sparkasse erweitert und dem System der Pfennigsparkasse näher getreten werden könne. Die Kommission bemühte sich, aus Zeitschriften Notizen über das Material zu sammeln, welches auf die Reform des Sparkassenwesens, besonders auf Pfennigsparkassen, Bezug hat und wurde Folgendes ermittelt: Seit ca. 20 Jahren hat das Sparkassenwesen insbesondere in England und Schottland große Ausdehnung angenommen und haben besonders Privatanstalten das System der Pfennigsparkasse (bei uns wohl besser Groschensparkasse zu nennen) mit großem Erfolge eingeführt und bestehen in Glasgow allein 200 solcher Anstalten. In England wurden 1883 bei der Postsparkasse 700 Millionen Mark und bei den Pfennigsparkassen 900 Millionen Mark zur Verzinsung angelegt und ist erwiesen, daß in Glasgow jeder 5. Mensch ein Sparer. — Auch über England hinaus, in Frankreich, Italien, Belgien und Holland wird die Reform angestrebt, und zwar hauptsächlich durch Postsparkassen, auch in Oesterreich sind solche mit großem Erfolge eingeführt worden und dürfte auch Preußen damit nicht mehr lange zurückbleiben. In Deutschland hat z. B. Bremen schon seit langer Zeit eine große Spargelegenheit. Gegen diese Reform-Bewegung ist Deutschland, namentlich Preußen, zurückgeblieben. Die großen Summen und die große Verbreitung auf die Einwohner ist im Verhältniß zu anderen Ländern hier noch lange nicht erreicht. Referent verliest hier aus einer Broschüre des Herrn Dr. Lammers aus Bremen verschiedene auf das Sparwesen Bezug habende statistische Notizen und weist auch auf die ähnlichen Notizen aus dem Beiblatt zum hiesigen Amtsblatt vom 4. August 1882 hin, woraus hervorgeht, daß das östliche Deutschland gegen andere Gegenden des Landes im Sparkassenwesen weit zurück ist. — In Sachsen ist das Streben nach Einrichtung von Pfennigsparkassen ein so lebhaftes, daß in diesem Jahre eine bedeutende Vermehrung derselben eintreten dürfte. Neben dem Pfennigspar-System findet man auch noch ein anderes System, das neben der Hauptstelle der Sparkasse noch Nebenstellen eingerichtet sind, um die Kasse dem Publikum leichter zugänglich zu machen. 1883 ward in 43 Städten Deutschlands dies System eingeführt und Berlin allein hatte 38 solcher Nebenstellen. — Die Kommission konnte im Hinblick auf alle diese Verhältnisse nicht in Abrede stellen, daß unsere Sparkasse gegen diese Bewegung zurückgeblieben sei und war einstimmig, daß es wünschenswerth wäre, der Reform näher zu treten. Ueber das Wie war man verschiedener Meinung. Von einer Seite sprach man sich nicht für die Pfennigsparkassen, sondern für Einrichtung von Nebenstellen aus und zwar wurde zunächst die Einrichtung von 2 solcher Stellen, eine in der Unterstadt, die zweite in der Nähe des Königsthors, ins Auge gefaßt. Die Kommission war jedoch der Ansicht, daß dem öffentlichen Bedürfniß nicht durch zwei solcher Stellen abgeholfen werden könne, da hierdurch eine unmittelbar zeitliche und räumliche Zugänglichkeit zur Sparkasse nicht erreicht würde, auch die Kosten für Anstellung von Beamten und Lokalmiethen nicht unerheblich wären und sicher die Ausgaben nicht im Verhältniß zu dem Zweck ständen, welcher erreicht würde. In Berlin sind 38 solcher Nebenstellen über das ganze Stadtgebiet vertheilt; dort wurden aber 1880 nur 34 Prozent bei diesen Nebenstellen und 66 Prozent bei der Hauptstelle der Sparkasse eingezahlt; die Inanspruchnahme der Nebenstellen war also verhältnißmäßig eine geringe. Die Statistik beweist, daß die Sparkasse mehr von dem Mittelstand und den Wohlhabenden in Anspruch genommen werde, deshalb muß das Ziel einer Reform sein, es dem ärmeren Stande, welcher nur vorübergehend eine Neigung zum Sparen habe, so bequem wie möglich zu machen. Deshalb hat sich die Kommission dahin geeinigt, der Versammlung das System der Nebenstellen nicht zu empfehlen. Die Notizen über Pfennigsparkassen, welche jetzt u. A. bereits in Elbing, Potsdam, Danzig, Darmstadt, Königsberg, Liegnitz, Leipzig und Magdeburg eingeführt sind, lassen erkennen, daß sich dieselben im Ganzen bewährt haben, wenn sich auch ein vollständig abschließendes Resultat noch nicht vorlegen läßt, da die Einrichtung bei uns zu neu ist. Es ist jedoch nicht bekannt geworden, daß eine der Pfennigsparkassen, welche sämmtlich mehr oder weniger mit den städtischen Sparkassen in Verbindung stehen, Fiasko gemacht hätte, im Gegentheil haben sich einige recht gut bewährt, so hat die Pfennigsparkasse in Darmstadt, bei welcher Mitte September 1883 das dritte Betriebsjahr zu Ende ging, alle Hoffnungen erfüllt. Im vorigen Jahre wurden daselbst 57,345 Mark eingezahlt und diese Summe dürfte in diesem Jahre die Höhe von 59,000 Mark übersteigen. Die einzelnen Posten betrugen 147,000, die Zahl der Einleger 400,000, die Rückzahlungen circa 11 Prozent des Einlegekapitals; ein gleich günstiges Resultat wurde in Magdeburg erzielt. Wenn sich auch heute nach den bisherigen Resultaten noch nicht mit Bestimmtheit sagen lasse, ob die Pfennigsparkasse lebensfähig, so war die Kommission doch der Ansicht, daß man bestrebt sein müsse, den Sparsinn der ärmeren Klasse zu heben. Der Zweck sei ohne Zweifel ein guter. Das Volk würde sittlich gebessert und auch bei der ärmeren Klasse würde das Kapital ein größeres Wenn dieser Zweck an so vielen Stellen durch die Pfennigsparkasse erstrebt und in England auch wirklich erreicht sei, so scheine es geboten, auch bei uns damit einen Versuch zu machen. Es lasse sich allerdings nicht verhehlen, daß dabei ein gewisses Risiko für die städtische Sparkasse entstehe, da letztere die Pfennigsparkasse mit Arbeitskraft und mit Baarmitteln unterstützen müsse. Die baare Unterstützung würde sich auf die Kosten für Anstellung eines besoldeten Beamten und die Anschaffungskosten für eine größere Anzahl von Sparkarten und Sparmarken belaufen, da sich die Kommission für das bekannte System der Sparmarken ausgesprochen hat. Ein weiteres Risiko sei noch dadurch denkbar, daß solche Marken gefälscht und den Beamten der Kasse übergeben und von ihm als echte honorirt würden. Eine genaue Berechnung des etwaigen Risikos sei nicht möglich, da dasselbe lediglich von dem Verkehr der Kasse abhängig sei. Es müßte sich in kurzer Zeit herausstellen, ob die Einrichtung lebensfähig, wäre dies nicht der Fall, so könne auch das Risiko kein sehr bedeutendes sein und die Versammlung hätte das Bewußtsein, Alles gethan zu haben, was sie im Stande war, um einen guten Zweck in's Leben zu rufen. Man müsse aber auch in Betracht ziehen, daß Aussicht vorhanden, daß der Staat über kurz oder lang das Projekt der Postsparkassen in seine Hände nimmt und daß eine erhebliche Schädigung des städtischen Sparkassenwesens durch die Konkurrenz des Staates eintreten könne, wenn die Stadt nicht schon einen Vorsprung durch Einrichtung der Pfennigsparkasse habe. Der schwierigste Punkt bei Einrichtung der letzteren sei der, wenn diejenigen, welche in den Vororten Stettins 1 Mark auf eine Karte gespart haben, gezwungen sein sollten, bis zur Sparkasse zu gehen und dort die Eintragung zu bewirken. Um dies zu vermeiden, müßten an verschiedenen Orten, bei Leuten, welche einen Vertrauensposten haben, Sammelstellen errichtet werden, dort die Karten gesammelt und zur bestimmten Zeit der Umtausch bei der städtischen Sparkasse bewirkt werden. Solche Personen zu finden, werde zwar Schwierigkeiten machen, aber diese Schwierigkeit ist auch in anderen Städten überwunden worden. Sollte die Einrichtung von Pfennigsparkassen von der Versammlung abgelehnt werden, so bliebe noch die Magistrats-Vorlage bestehen, den § 2 des Sparkassenstatuts dahin abzuändern, daß künftig Spareinlagen von 50 Pf. (statt bisher 1 Mark) bis 5000 Mark angenommen werden. Diese Vorlage entspreche jedoch in keiner Weise dem allgemeinen Streben und sei daher nicht zu empfehlen.

Nach diesem circa $1\frac{1}{2}$ Stunde währenden Referat meldete sich auf die Frage des Vorsitzenden, wie schon oben bemerkt, Niemand zum Wort gegen den Kommissions-Antrag, bis sich schließlich Herr Ober-Bürgermeister Haken erhob und seine persönliche Meinung dahin aussprach, daß er sich, trotz der anscheinenden Einmüthigkeit der Versammlung und trotz des eingehenden Referats, noch nicht von den Vortheilen, welche die Pfennigsparkasse bieten solle, überzeugen könne, dagegen sehe er zahlreiche Schwierigkeiten. Es würden sich kaum Vertrauensmänner finden, welche die Markenausgabe und Karteneinnahme übernehmen würden; in der Versammlung z. B. würde sich wohl kein einziges Mitglied dazu bereit finden. Wenn sich schließlich Jemand fände, so würde er bei der kolossalen Arbeit sehr bald wieder entlastet wollen sein. Würde bei der Sparkasse ein besonderer Beamter als Beamter der Pfennigsparkasse angestellt, so würde derselbe kaum genügende Beschäftigung haben. Redner kann sich aber auch mit dem ganzen System der Pfennigsparkassen nicht befreunden, durch Einrichtung solcher Kassen würde auch die Einrichtung der Postsparkassen Seitens des Staats nicht aufgehalten. Es sei auch gar nicht anzunehmen, daß durch eine Konkurrenz die städtische Sparkasse besonders geschädigt würde, denn schon jetzt beständen in Stettin neben der städtischen Sparkasse zwei weitere Sparkassen, die des Randower Kreises und des Kredit-Vereins. Die einzige Besserung könnte durch Einrichtung von Filialen der städtischen Kasse erzielt werden, aber der hohe Kostenpunkt muß davon abschrecken. Wenn von dem Referenten die Pfennigsparkasse zu Darmstadt als eine so nutzbringende geschildert ist, so muß Redner entgegnen, daß dort zu den Sparern 66 % Kinder gehören, dies sei doch keine nutzbringende Unterlage, sondern mehr Spielerei.

Der Referent entgegnet, daß, wie die Berufsklassen-Statistik der Darmstädter Kasse ergebe, dort auch Gewerbetreibende, Dienstboten und Fabrikarbeiter einen ganz erheblichen Prozentsatz bilden. Was die Sparkasse des hiesigen Kreditvereins betreffe, so verfolge dieselbe doch einen ganz anderen Zweck, als solcher von den Pfennigsparkassen angestrebt wird.

Herr Dr. Wolff bedauert, daß der Herr Oberbürgermeister seine persönliche Meinung mit solchem Eifer vertrat, während die Kommission ihre ganz abweichende Ansicht mit so großer Reserve vorgetragen. Hätte die Kommission hier ein überschwängliches, viel versprechendes Projekt vorgelegt, dann konnte auch die entgegengesetzte persönliche Ansicht hier vorgetragen werden, aber wohl kaum jemals sei in einer Kammer ein Vorschlag zu einer neuen wirthschaftlichen Einrichtung mit solcher Vorsicht eingebracht worden, als z. B. dieser Kommissionsantrag durch den Referenten. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Einrichtung als eine für sich nützliche erscheine und das Gegentheil sei auch nicht vom Herrn Oberbürgermeister behauptet. Redner ist kein großer Schwärmer für statistische Angaben, aber die in England feststehenden glänzenden Resultate der Pfennigsparkassen seien doch nicht als Spielerei zu betrachten und selbst der Herr Oberbürgermeister wird zugeben müssen, daß es etwas mehr als Spielerei sei. Redner ist der Ueberzeugung, daß bei Einrichtung der Postsparkasse, und eine solche werde auch bei uns bald erfolgen, die Kommunal-Sparkasse zwar nicht zu Grunde gehen werde, aber wenn sich dieselbe nicht schon jetzt aufraffe, langsam verkümmern werde. Die Konkurrenz sei es gewesen, welche die Pfennigsparkasse in England so hoch gebracht und der voraussichtlichen Konkurrenz gegenüber dürfe man auch hier nicht die Hände in den Schooß legen. Ihrer ursprünglichen Aufgabe, den Sparsinn in den untersten Klassen zu heben, haben sich die Sparkassen in letzter Zeit mehr und mehr entzogen und es müsse eine Aenderung eintreten, wenn man der Konkurrenz in Ruhe entgegen sehen wolle. Man brauche nur die Lammers'sche Broschüre durchzulesen, um sich zu überzeugen, daß die Reformbewegung in Betreff der Sparkassen eine sehr große sei, Redner hofft, daß die Versammlung dem Antrage der Kommission beistimmen werde.

Herr Oberbürgermeister Haken entgegnete, daß er mit „Spielerei" nur den Effekt gemeint habe nach den Thatsachen, welche sich herausgestellt. Auch in Stettin sei der von Privatpersonen gemachte Versuch, eine Pfennigsparkasse zu begründen, gescheitert. Wenn die Stadt eine Reform vornehme, so müsse sie auch überzeugt sein, daß diese Reform Ruhm bringe.

Herr Cohn ist im Gegensatz zu Herrn Dr. Wolff dem Herrn Oberbürgermeister dankbar, daß derselbe seine persönliche Ansicht ausgesprochen, er bekennt sich gleichfalls als prinzipieller Gegner der Pfennigsparkassen und meint, dieselben seien z. Z. nur Modesache geworden. Die Vorlage des Magistrats sei in jeder Weise empfehlenswerth, dieselbe verspreche zwar keine großen Vortheile, aber der Nachtheil könne auch nicht groß sein. Es würde zwar bei der Sparkasse eine größere Arbeit entstehen, erheblich würde dieselbe aber nicht sein, da die meisten Sparer höhere Beträge als 50 Pf. einzahlen würden. Das Beste wäre entschieden die Einrichtung von Filialen. Hierzu wären aber die Kosten zu bedeutend. In Berlin seien auch nur zwei Filialen, es existirten daselbst aber 41 Annahmestellen, und dieser Modus sei sicher auch in Stettin zu ermöglichen. Redner bittet daher die Magistratsvorlage anzunehmen und beantragt ferner, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch hier Annahme-Stellen errichtet werden könnten.

Herr Tietz spricht sich gleichfalls für die Magistratsvorlage aus. Der bloße Hinweis, daß die Pfennigsparkassen in andern Orten Erfolg gehabt, sei noch kein Beweis, daß dieselben lebensfähig. Die Erfolge in England finden darin ihren Grund, daß daselbst das Prinzip herrsche, möglichst wenig Geld im Hause zu behalten. Redner kommt noch auf die Sozialdemokratie zu sprechen und sucht schließlich die Angelegenheit in das Humoristische zu ziehen.

Herr Dr. Amelung: Der Hauptzweck der Pfennigsparkassen sei der, daß durch dieselben die Möglichkeit geboten ist, ohne Zeitverlust und ohne Unannehmlichkeit das Volk schließlich zur Sparsamkeit zu erziehen und zu bilden. Diese Sache sei doch zu ernst, um die Debatte auf ein solches Gebiet zu ziehen, wie dies Herr Tietz gethan. Wer sparen will, muß sofort und ohne Zeitverlust sein Geld abgeben können; dies wird aber durch die Magistratsvorlage nicht erreicht, ebensowenig durch Filialen. Wenn der Herr Oberbürgermeister erwähnte, daß die hier früher von privater Seite begründete Pfennigsparkasse hier keinen Erfolg hatte, so sei dies nicht ganz richtig. Die Unternehmer hatten nur ihre Kräfte von Anfang an überschätzt; deshalb mußten sie schließlich dieselbe aufgeben. Die Vorsteher der Sparkasse sind jetzt der Ansicht, daß sich die von der Kommission vorgeschlagenen Ideen durchführen lassen und bei dieser Sache seien für den Redner die Vorsteher der Sparkasse eine größere Autorität als der Herr Oberbürgermeister. Wenn Letzterer gesagt habe, das System der Pfennigsparkassen habe sich bisher nicht bewährt, so fehlen für diese Behauptung die Beweise, oder man weiß nicht, was man unter Bewährung verstehen soll. In Darmstadt z. B. sei doch ein entschiedener Erfolg zu verzeichnen, obwohl diese Stadt weit weniger im Zentrum der Industrie liege, als Stettin. Daselbst seien in den letzten 3 Jahren 165,000 Mk. allein bei der Pfennigsparkasse eingezahlt. Dies ergebe auf den Kopf der Bevölkerung 4 Mk. Einen weiteren Erfolg zeigt das Königreich Sachsen, wo 800 Marken-Verkaufsstellen eingerichtet sind. Die Stadt könne mit voller Ruhe dem Experiment entgegensehen, um so mehr, als die Kosten sich nicht so hoch belaufen, als angenommen wurde. Es brauche kein besonderer Beamter angestellt zu werden und auch die Kosten für die Marken seien nicht sehr erheblich. Eine Fälschung der Marken sei bisher noch bei keiner solchen Kasse vorgekommen, die Befürchtung deshalb sei also auch für hier nicht sehr groß. Was schließlich die vom Herrn Oberbürgermeister angedeutete Spielerei betreffe, so brauche man nur die Erfolge von Liverpool zu betrachten und man wird nicht mehr von Spielerei sprechen. Daselbst sei 1871 der Betrieb mit 7 Zahlstellen eröffnet und wurden im 1. Jahr auf 2500 Konti's 1050 Pfd. St. eingezahlt, davon wurden 600 Pfd. zurückgezahlt und 206 Pfd. an die Kommunalsparkasse abgeliefert, nach 13 Jahren, im Jahre 1883, waren bereits 132 Zahlstellen eingerichtet und

auf 44,760 Konti's 23,168 Pfd. eingezahlt, davon nur 5684 Pfd. zurückgezahlt. Dies sei doch sicher keine Spielerei. Redner bittet dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Nachdem noch die Herren Stadtrath Bock, Masche, Cohn und Oberbürgermeister Haken das Wort ergriffen, wird zur Abstimmung geschritten und, wie schon mitgetheilt, der Antrag des Magistrats mit dem Zusatzantrag des Herrn Masche angenommen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 2. Mai

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $10\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Ministertische: Minister v. Puttkamer und mehrere Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Berathung des Kommunalsteuergesetzes.

Nach § 5 gilt als Reineinkommen der gesammten Staats- und für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen, welche als eine abgabenpflichtige Unternehmung anzusehen sein sollen, der rechnungsmäßige Ueberschuß der Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben mit Ausnahme derjenigen für Renten, Zinsen und Amortisationen, die an die Aktionäre und Obligateninhaber der für Rechnung des Staats verwalteten Eisenbahnen gezahlt sind, mit der Maßgabe, daß unter die Ausgaben eine $3\frac{1}{2}$prozentige Verzinsung des Anlage- bezw. Erwerbskapitals zu übernehmen ist.

Abg. Hammacher befürwortet, den $3\frac{1}{2}$-prozentigen Abzug auf 3 Prozent herabzusetzen.

Geh.-R. Gleim bekämpft diesen Vorschlag. Die Fassung der Regierungsvorlage beruhe auf eingehenden Erwägungen, nach denen es unzulässig erscheinen würde, den Abzug verkürzen zu wollen.

Finanzminister Scholz ersucht ebenfalls um Ablehnung aller Anträge, welche weiter gehen, als die Regierung es vorgeschlagen. Die letztere sei bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was sie konzediren zu können geglaubt habe; er als Finanzminister müsse sogar einzelne Bestimmungen des Entwurfes als im Interesse des Staates geradezu bedenklich erklären; wenn die Regierung trotzdem diese Vorschläge gemacht habe, so sei dies geschehen, um den Kommunen zu Hülfe zu kommen. Noch weiter gehen aber und den Abzug von $3\frac{1}{2}$ auf 3 Proz. herabzusetzen, sei der Staat nicht im Stande.

An der Debatte betheiligen sich ferner die Abgg. Schmidt (Sagan) und Dr. Wagner (Osthavelland) für den Antrag Hammacher und die Abgg. Büchtemann und Schmieding gegen denselben.

In der Abstimmung wird die Regierungsvorlage wieder hergestellt, nämlich die Wörter „ordentlichen" und von „mit Ausnahme" bis „gezahlt sind" gestrichen.

Die Berathung des Gesetzes gelangt bis zum § 6 und wird dann bis morgen (Sonnabend) 11 Uhr vertagt.

Schluß $12\frac{3}{4}$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 2. Mai. Von dem Präsidenten des deutschen Kolonial-Vereins ist dem Herrn Reichskanzler das nachstehende Schreiben zugegangen:

Frankfurt a. M., den 27. April 1884.

Euer Durchlaucht

beehre ich mich im Namen des Vorstandes des Deutschen Kolonial-Vereins den ganz ergebensten Dank des letzteren auszusprechen für die dem hohen Bundesrath gemachte Vorlage,

betreffend die Verwendung von Geldmitteln aus Reichsfonds zur Einrichtung und Unterhaltung von Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern.

Der Vorstand des Vereins erblickt mit freudigster Genugthuung in diesem Gesetzentwurf, ohne sich ein Urtheil über die Einzelheiten desselben beizulegen, einen wichtigen Schritt zur Förderung des nationalen Antheils am Welthandel und des deutschen Einflusses in den überseeischen Gebieten.

Mit dem aufrichtigen Wunsche, daß die weittragende Bedeutung dieses Gesetzentwurfes für die Entwickelung und zukünftige Stellung Deutschlands unter den seefahrenden Nationen eine allseitige sympathische Aufnahme und kräftige Förderung in unserem Volke und seinen Vertretern finden möge, erlaube ich mir den Ausdruck meiner größten Ergebenheit zu verbinden, mit der ich die Ehre habe zu sein

Euer Durchlaucht

ganz ergebenster

Fürst zu Hohenlohe-Langenburg.

— In diesen Tagen ist hierselbst eine Kommission von Sachverständigen damit beschäftigt, Normalbestimmungen festzustellen für den Neubau von Gefängnissen mit Einzelhaft. Diese Kommission ist auf Anregung des im September pr. in Wien versammelt gewesenen Kongresses deutscher Strafanstaltsbeamten einberufen. Den Berathungen der Kommission wird von Seiten unserer höchsten Behörden ein reges Interesse entgegengebracht; an denselben nehmen Theil die Herren Geh. Ober-Regierungsrath Illing vom Ministerium des Innern, Geh. Ober-Justizrath Dr. Starke vom Ministerium der Justiz, Geh. Baurath Endell vom Ministerium für Handel und Gewerbe. Die Mitglieder der Kommission sind die Herren Ober-Baurath Hemberger (Karlsruhe), Intendantur- und Baurath Schuster (Hannover), Oberingenieur Maurus (Marburg, Unter-Steiermark), Ober-Bauinspektor Weege (Oldenburg), Geheimrath Direktor Ekert (Freiburg i. B.), Geh. Justizrath Direktor Wirth (Plötzensee-Berlin), Strafanstaltsdirektor Krohne (Zellengefängniß-Moabit), Geh. Hofrath Dr. Gutsch (Karlsruhe), Sanitätsrath Dr. Baer (Plötzensee-Berlin), Dr. Andrae (Kassel). Die Versammlung tagt unter dem Vorsitz des Direktors Krohne, als Protokollführer fungirt der Anstaltsinspektor Schelarsky. An den Berathungen Theil zu nehmen sind behindert die Herren Ministerialrath v. Pichs (Wien), Ober-Landesgerichtsrath Zatschek (Prag), Gefängnißdirektor Streng (Hamburg). — Es ist mit Zuversicht zu erwarten, daß durch die aufgestellten Normen die Einführung der Einzelhaft als gesetzlicher Strafvollzugsweise wesentlich gefördert werde, indem in demselben die Zweckmäßigkeit der Einrichtungen mit der thunlichsten Sparsamkeit zu vereinigen erstrebt wird.

— Der Einfluß der Rübenzuckerfabrikation auf die Arbeiterverhältnisse des landwirthschaftlichen Betriebes wird in den betheiligten Kreisen jetzt vielfach um so mehr erörtert, als die Arbeiter in die Bezirke, in welchen Rüben gebaut werden, auch aus entferntern Landestheilen auswandern und durch Beauftragte dorthin geschafft werden. Für die in den letzten beiden Jahren neu entstandenen 80 Zuckerfabriken haben 20,000 Arbeiter von anderswoher eingeführt werden müssen. So sind aus Oberschlesien und der Provinz Brandenburg Arbeiter und auch viele Arbeiterinnen nach Sachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein, ja, nach der Wetterau gegangen, und die naturgemäße Folge davon ist, daß sie in der Heimath besonders zu der Zeit, da sie am nothwendigsten gebraucht werden, fehlen. So sagt der „Landbote", das amtliche Organ des landwirthschaftlichen Hauptvereins der Provinz Brandenburg, daß man sich heute erst auf den Anfangsstufen der Bewegung befinde, welche die großen Zuckerfabriken durch Wachrufen des Wandertriebes erweckt haben, und doch schon die Folgen für die ärmern Gegenden schon recht bemerkbar und unbequem seien.

— Ueber den Stand der Konferenzfrage erhält die „N.-Z." aus Paris, den 2. Mai, folgende Depesche:

Die französische Antwort auf die englische Note ist heute in London durch den Geschäftsträger Frankreichs überreicht worden. Wie ich gleich, als Lyons hier die betreffende Eröffnung machte, berichten konnte, acceptirt Frankreich im Prinzip die projektirte Konferenz, verlangt aber vorher einen Austausch der Ansichten über die nothwendig mit der finanziellen Frage zusammenhängenden Fragen bezüglich der politischen Situation Egyptens. Waddington, der gestern Abend spät seine letzte Konferenz mit Ferry hatte, ist heute morgen nach London abgereist, um die nunmehr auf Grund der Note Ferry's beginnenden Besprechungen mit Granville zu führen. Einer anscheinend offiziösen Notiz des „Temps" zufolge haben Oesterreich, Italien und Rußland geantwortet und die Konferenz im Prinzip acceptirt. Letzteres und Italien ohne Reserve, Oesterreich unter Betonung der Nützlichkeit eines vorherigen Austausches der Ansichten zwischen den Mächten, um einen Mißerfolg der Konferenz zu verhüten. Deutschland habe noch nicht offiziell geantwortet, aber bereits kundgegeben, daß es sich der Konferenz nicht widersetzen werde. Deutschland bekunde übrigens eine Art Gleichgültigkeit für die Angelegenheit, da deutsche Interessen in Egypten wenig ins Spiel kommen. Die Türkei habe noch nicht geantwortet. Die Frage des Ortes sei noch nicht angeregt worden.

— In der Wiener Presse wird die Orientreise des Kronprinzen Rudolf noch lebhaft erörtert; ausnahmslos wird ihr eine große politische Bedeutung beigemessen. Aber auch der Aufenthalt des Fürsten von Bulgarien in Wien wird als bedeutsames Symptom der gegenwärtigen Lage auf der Balkanhalbinsel gewürdigt. Es ist allgemein bemerkt worden, daß der Kaiser dem Fürsten Alexander in dessen Absteigequartier, dem Hotel Imperial, einen Besuch abstattete. Sonst pflegt die Ehre eines kaiserlichen Besuchs Herrschern, die in einem Vasallenverhältniß stehen, nicht zu Theil zu werden. Wenn zu Gunsten des Fürsten Alexander eine Ausnahme gemacht wurde, so geschah es wohl in der Absicht, demselben eine besondere Gegenaufmerksamkeit für den freundlichen Empfang zu bezeigen, der kurz zuvor dem österreichischen Kronprinzenpaar auf bulgarischem Boden bereitet worden war. Gleichzeitig sollte ein öffentliches Zeugniß dafür abgelegt werden, wie sehr dem Herrscher Oesterreich-Ungarns die Anbahnung und Befestigung guter Beziehungen, wie zu den übrigen Balkanfürsten, so auch zum Fürsten von Bulgarien am Herzen liegt.

— Der am 11. v. M. wegen Besitzes von Dynamitbomben und Vorräthen von Nitroglycerin verhaftete Daly ist gestern vor die Assisen von Birkenhead verwiesen worden. Oberst Majendie, Inspekteur des Sprengstoffwesens, deponirt, er habe mit den bei Daly gefundenen Bomben Versuche vorgenommen und sich dabei von ihrer im höchsten Grade gefährlichen Beschaffenheit überzeugt.

Ausland.

Madrid, 29. April. Die schrecklichen Nachrichten über die Zerstörung der Brücke von Alkudia haben hier eine fieberhafte Erregung hervorgerufen und alle anderen Angelegenheiten in den Hintergrund gedrängt. Daß ein Verbrechen vorliegt, darüber ist nicht der mindeste Zweifel. Ueber die Art der Vollführung ist man noch nicht vollständig klar, wahrscheinlich wurden die Schienennägel am Eingang der Brücke losgedreht und die Schienen dann so arrangirt, daß sich bei dem ersten Blick die Täuschung nicht erkennen ließ. Der Telegraph war rechts und links der Brücke an einzelnen Stellen durchschnitten. Man nimmt an, daß das Verbrechen mit den Putschversuchen im Norden im Zusammenhang steht.

Die Brücke hatte eine Länge von 86 Metern, sie wurde von zwei Strompfeilern getragen; jetzt stehen nur noch die Pfeiler. Der eiserne Oberbau liegt mit den Wagen in den Wassern des durch Regengüsse angeschwollenen Flusses. Der Zug bestand aus drei Wagen dritter Klasse, zwei Wagen erster und zweiter Klasse, aus drei Güterwagen und einem Gepäckwagen. Die Zahl der Opfer genau festzustellen, ist noch nicht gelungen; der größte Theil der Passagiere waren beurlaubte Soldaten aus den Regimentern Castilien und Granada, die nach ihrer Heimath zurückwollten. Die Zahl derselben wird auf 150 angegeben; außerdem waren noch zwischen zwanzig und dreißig Passagiere auf dem Zug, darunter ein Ehepaar mit Kindern, von deren Verbleib noch nichts bekannt ist. Bis jetzt wurden 38 Leichen aus dem Flusse gezogen; 21 mehr oder minder schwer verletzte gelang es lebend aus dem Wasser zu ziehen. Man nimmt an, daß noch dreißig Leichen etwa im Flusse liegen. Merkwürdig ist, daß eine größere Anzahl von Personen beinah vollständig unverletzt geblieben ist.

Zwanzig Guardia civil (Gendarmen) mit zwei Offizieren arbeiteten im Flußbette an dem Rettungs- und Befreiungswerk, auch die Anwohner der umliegenden Orte, namentlich von Almaden, leisten bereitwillige Hülfe, nehmen die Verwundeten auf und helfen die Todten begraben. Die Katastrophe erfolgte am Sonntag um 4 Uhr Morgens, während die Passagiere schliefen und die Fenster zum Schutz vor dem herrschenden Unwetter geschlossen waren. Die Personen, welche die Unglücksstätte besucht haben, entwerfen ein grauenvolles Bild der Zerstörung und des Jammers. Von dem Zugpersonal ist nur ein Schaffner todtgeblieben; die übrigen haben sich mit mehr oder minder geringen Verletzungen aus dem Flusse retten können; der Maschinist, der durch den Stoß über die Brücke in den Fluß geschleudert wurde, kam merkwürdigerweise gänzlich unverletzt davon.

Das Mitleid der Bevölkerung heftet sich vor Allem an das Schicksal der Beurlaubten, die statt der glücklichen Heimkehr einen so kläglichen Untergang fanden. Die Zeitungen haben sich bereits der Sache je nach der Tendenz bemächtigt. Die konservativen und regierungsfreundlichen Blätter machen die republikanischen und revolutionären Parteien verantwortlich, während die Blätter dieser Farbe Alles aufbieten, um die Schuld von ihren Gesinnungsgenossen abzuweisen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 3. Mai. In Hamburg will die Polizei die Flaschen mit Patentverschluß nicht für „fest verkorkt" im Sinne des Gesetzes über den Rauminhalt der Schankgefäße ansehen. Das Schöffengericht sprach den betreffenden Wirth frei; das Landgericht hat ihn jedoch zu 6 Mark Geldstrafe verurtheilt und ausgeführt, daß eine Flasche, die dem Gaste vorgesetzt werde, auch geeicht werden müsse. Die nicht der Eichung unterliegenden, festgekorkten Flaschen seien für den Handelsverkehr bestimmt. Die Sache wird jedenfalls noch vor das Reichsgericht kommen. Alle Gerichte scheinen aber der früher mitgetheilten Ansicht des königl. Eichungs-Inspektors Prof. Karsten zu sein, daß jedenfalls das Trinkgefäß, welches der Wirth dem Gaste neben der Flasche vorsetzt, geeicht sein müsse.

— Die Fälschung eines Zeugnisses über eine bestimmte Thätigkeit und deren Dauer behufs Zulassung zu einer Prüfung, welche dem Geprüften ein besseres Fortkommen ermöglicht, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Strafsenats, vom 18. Februar d. J., nicht als Urkundenfälschung, sondern nur als Uebertretung aus § 363 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen.

— Die Verpflichtung des Hotelwirths, für die eingebrachten Sachen des Gastes zu haften, beginnt, sobald derselbe den Gast aufgenommen hat. Der Umstand, daß der Gast beim Verlassen seines Zimmers, nachdem er solches verschlossen, die Zimmerschlüssel mit sich nimmt, hebt nach einer gerichtlichen Entscheidung selbstverständlich das Verlassen seines Zimmers, mithin auch die Nothwendigkeit und Pflicht zur Ueberwachung desselben durch seinen Wirth nicht auf. Es liegt sehr nahe, daß der Gast, eben weil er das Zimmer verläßt, dessen Ueberwachung nicht selbst übernimmt, vielmehr dem Wirth wie dessen Leuten die diesen obliegende Ueberwachung überläßt. So wenig die Pflicht des Wirths zur Ueberwachung erst dann beginnt bezw. wiederbeginnt, wann und so oft der Gast sein Zimmer verläßt, ebensowenig ist es eine Voraussetzung für diese Pflichterfüllung des Wirths, daß der Gast bei seinem Verlassen des Zimmers dem Wirth davon durch Aufhängen des Zimmerschlüssels am Schlüsselbrett oder durch Ablieferung des Schlüssels Kenntniß giebt. Nimmt der Gast seinen Zimmerschlüssel beim Weggehen mit sich, so entgeht dadurch dem Wirth nur die Leichtigkeit der Uebersicht darüber, welcher Gast sein Zimmer verlassen hat. Es erwächst ihm dadurch nur die Mühe, sich auf anderm Wege davon zu überzeugen, ob das Zimmer vom Gast verlassen ist.

Vermischte Nachrichten.

Hagen, 28. April. Eine furchtbare Detonation versetzte heute Abend kurz nach 10 Uhr die Bewohner des oberen Stadttheils in große Aufregung. Es stellte sich heraus, daß in dem Korridor des Hauses des Bäckers Buserath an der Frankfurterstraße eine Explosion stattgefunden hatte. Die Verwüstung war schrecklich. Die Wand auf der linken Seite war vollständig eingedrückt und rechts war die Thür, die zum Laden führte, zersprengt. Im Laden selbst lag alles wild und wirr durcheinander. Keine Scheibe im Hause war ganz geblieben, eben so waren die Scheiben an den gegenüberliegenden Häusern gesprengt. Sofort sammelte sich eine große Menschenmenge an. Anfangs vermuthete man eine Gas-Explosion. Da die Gasleitung indeß in Ordnung gefunden wurde, so bleibt nur die Annahme einer Dynamit-Explosion übrig. Der Erste Staats-Anwalt Herr Dr. Scheibler und der Herr Polizei-Inspektor Schnübbe waren sofort erschienen, um die Untersuchung einzuleiten. Man konstatirte, wie man der „Rh.-Westf. Ztg." meldet, nach Durchsuchung des Schuttes eine Dynamit-Explosion, die wahrscheinlich von ruchloser Hand herbeigeführt worden ist. Der erste Staatsanwalt des hiesigen Landgerichts, Dr. Scheibler, erließ folgende Bekanntmachung: „Gestern Abend $10\frac{1}{4}$ Uhr ist mitten in der Stadt, in dem Flur des Bäcker Buserath'schen Hauses, Frankfurterstraße 83 hierselbst, von freventlicher Hand anscheinend durch eine Dynamitpatrone eine Explosion herbeigeführt worden in dem Augenblicke, als die nichts ahnenden Hausbewohner sich zur Ruhe begeben wollten. Zum Glück sind Menschen nicht verletzt worden. Bei der Wichtigkeit, die Entdeckung des Thäters im Interesse der Sicherheit unserer Stadt herbeizuführen, wendet der Unterzeichnete sich an das Publikum mit der Bitte, hierin ihn thatkräftig zu unterstützen und jeden Umstand, der hierzu zweckdienlich sein könnte, ihm oder der hiesigen Polizeibehörde sofort mittheilen zu wollen."

Telegraphische Depeschen.

Petersburg, 2. Mai. Durch einen an den Senat gerichteten kaiserlichen Ukas wird angeordnet, daß die neuerdings unter der Bezeichnung „Gerichts-Ordnung des Kaisers Alexander II." herausgegebene Gesetzsammlung den Behörden zur Handhabung überwiesen werden soll.

Das Journal „Vaterländische Memoiren" ist nach einer Entscheidung der Minister-Konferenz auf Grund der temporären Preßverordnung vom 27. August 1862 gänzlich verboten worden, und zwar wegen Verbreitung schädlicher, gegen die Grundlagen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gerichteter Ideen, und weil dasselbe erwiesenermaßen Mitarbeiter habe, welche geheimen Gesellschaften angehören.

In Mariampol, Gouvernement Suwalki, hat bei dem dortigen Bezirksgerichte am Mittwoch die Prozeßverhandlung gegen die 28 wegen Theilnahme an den im August 1882 in Preny stattgehabten antisemitischen Exzessen angeklagten Personen begonnen.

Petersburg, 2. Mai. Aus Anlaß der Unterdrückung des Journals „Vaterländische Memoiren" wird von dem „Regierungs-Anz." ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt: Einige russische Preßorgane hätten die Preßfreiheit dazu benutzt, um gegen die Grundlagen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gerichtete Theorien zu predigen, was bekanntlich bei unreifen Gemüthern, an welche eine solche Predigt gerichtet werde, nicht fruchtlos geblieben sei. Leider hielten noch gegenwärtig gewisse Zeitungen diese Richtung, deren Solidarität mit den Lehren der Verbrechen unzweifelhaft sei, inne. In der letzten Zeit habe sich bei Gelegenheit der Entdeckung einer geheimen Gesellschaft, welche von 1879 bis 1882 existirt habe, die Richtigkeit der obigen Behauptung herausgestellt. Einer der bedeutendsten Staatsverbrecher habe Folgendes ausgesagt: „Die Literatur jener Zeit trug wesentlich zur Unterhaltung des revolutionären Geistes bei. Die Artikel der radikalen Blätter harmonirten vollständig mit den Ansichten unserer Partei." Einer der merkwürdigsten Artikel sei von dem Mitgliede des Exekutivkomitees J. K. unterzeichnet, welche Unterschrift identisch mit den Anfangsbuchstaben des Pseudonyms desselben war; überhaupt bediente sich die Propaganda der Zeitungen. Weiter sagt der „Regierungs-Anzeiger": Die Aehnlichkeit der Ideen und der Schreibart der geheimen Presse mit den Artikeln einiger erlaubten Zeitungen habe Veranlassung gegeben, anzunehmen, daß die Mitarbeiter der letzteren auch an der revolutionären Propaganda betheiligt seien; dieses bestätige sich nunmehr vollauf. Durch die Untersuchung habe sich herausgestellt, daß der Sekretär einer Zeitung der Vermittler für die Beziehungen der Petersburger Verbrecherpartei zu deren Gesinnungsgenossen in den Provinzen und in dem Auslande war, und daß an die Adresse des Mitarbeiters einer anderen Zeitschrift Artikel zum Zweck ihrer Veröffentlichung in der geheimen Presse zugesandt wurden. Ferner seien authentische Ermittelungen darüber vorhanden, daß sich in der Redaktion der „Vaterländischen Memoiren" Personen befanden, welche in naher Beziehung zu der revolutionären Organisation standen. Noch im vorigen Jahre sei eines der leitenden Mitglieder der genannten Redaktion wegen einer empörenden Rede, welche dasselbe an Zöglinge höherer Lehranstalten mit der Aufforderung zur Widersetzlichkeit gegen das Gesetz und die Staatsgewalt gehalten habe, ausgewiesen worden. Außerdem sei festgestellt, daß ein zweites Mitglied dieser Redaktion bis zu seiner Arretirung der revolutionären Partei angehört habe. Sogar in diesen Tagen seien noch zwei weitere Mitarbeiter des Journals, deren Theilnahme an der Revolutionspartei erwiesen wurde, verhaftet worden. Es dürfe mithin nicht befremden, wenn Artikel, welche in Folge des Preßreglements in erlaubten Zeitschriften nicht veröffentlicht werden konnten, in den geheimen Schriften Rußlands und des Auslandes erschienen. Ebenso wenig sei es für die aufmerksamen Leser der „Vaterländischen Memoiren" überraschend, daß Personen an der Mitarbeiterschaft des Journals mit verbrecherischen Absichten Theil genommen haben. Abgesehen davon, daß die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen seien, könne die Regierung die Weiterexistenz eines solchen Preßorgans nicht dulden.

Belgrad, 2. Mai. Die Skuptschtina ist zum 18. Mai nach Nisch einberufen.

London, 2. Mai. Das dem Parlamente vorgelegte Blaubuch über die Sudan-Angelegenheit enthält eine Depesche Lord Granville's an den zeitweiligen Gehülfen des Generalkonsuls in Kairo, Egerton, vom 23. April cr., in welcher Letzterer ersucht wird, den General Gordon zu instruiren, daß er die Regierung über eine etwaige Gefahr für Khartum auf dem Laufenden halten und sich über die für einen möglichen Entsatz erforderliche Streitkraft äußern möge. Im Uebrigen enthält das Blaubuch zum größten Theil Depeschen über Kriegsereignisse und über bereits bekannte Thatsachen.